



Es gibt keine Alternative zu einem langfristigen Atom-Ausstieg, weil es keine Mehrheit gibt.

Peter C. Beyeler, Energiedirektor



Ohne glaubwürdige Alternativen sind wir nicht zu einem Ausstieg bereit. Die negativen Folgen wären massiv.

Gregor Biffiger, SVP, Berikon



Ohne Atomenergie sind Gas und Importe nötig, die Deckung des Strombedarfs liegt völlig im Dunkeln.

Bernhard Scholl, FDP, Möhlin



Neue KKW sind nicht mehrheitsfähig, aber die nukleare Technologie darf nicht verboten werden.

Franz Hollinger, CVP/BDP, Brugg



Mit erneuerbaren Energien können wir den Bedarf decken, wer Nein sagt, der ist ein Ignorant.

Dieter Egli, SP-Fraktion, Windisch



Von den Atomen soll der Mensch die Finger lassen, auch wenn der Energiewandel ein steiniger Weg ist.

Ruedi Weber, Grüne, Menziken



Wir sind für eine sukzessive Ablösung durch einen Mix aus erneuerbaren Energien, aber ohne fossile.

Peter Schuhmacher, GLP, Wettingen



Kernkraftwerke führen in die Sackgasse, es gibt keine Mehrheit, sie sind zu teuer, das Risiko ist zu gross.

Roland Bialek, EVP, Buchs

Energie-Vorstösse

Fukushima und zweite Beratung Energiegesetz

Eine Motion der GLP-Fraktion verlangt, die aktuellen Geschehnisse in Japan müssten bei der zweiten Lesung des Energiegesetzes berücksichtigt werden. Die bürgerlichen Parteien befürchten eine Stromlücke ohne Atom, die Abstimmung ergibt 46 ja zu 85 nein.

Wer viel Strom braucht, soll mehr bezahlen

Die Fraktion der Grünen verlangt per Motion einen progressiven Stromtarif, die Regierung müsse die Unternehmen dazu verpflichten. «Sie hat dazu gar keine Kompetenz», sagt Peter C. Beyeler. Die Bürgerlichen mit SVP, FDP und CVP/BDP lehnen ab, die Mehrheit sagt Nein, mit 52 ja zu 81 nein.

Heftige Diskussion um das Energiegesetz

Die bürgerlichen Parteien und Energiedirektor Peter C. Beyeler wollen das Energiegesetz aus der 1. Lesung unverändert zur 2. Lesung bringen. SP, Grüne und weitere Parteien fordern den Rückzug und ein neues Energiegesetz. Die Atomenergie habe darin nichts zu suchen, der Ausstieg und seine Konsequenzen müssten berücksichtigt werden. Der Rat lehnt deutlich ab, mit 38 ja zu 92 nein.

Erneuerbare Energien für kantonseigene Bauten

Die Fraktion der Grünen fordert per Auftrag einen Strommix aus 100 Prozent erneuerbaren Energien für kantonseigene Liegenschaften und Betriebe. Das kostet nur 0,85 Rappen je Kilowattstunde mehr. Regula Bachmann ruft für die einstimmige CVP/BDP-Fraktion zu konsequentem Handeln auf, 40 Prozent der Gemeinden seien schon heute dazu bereit. Die Regierung plädiert auch dafür, die Zustimmung erfolgt mit 74 ja zu 53 nein, der Auftrag zum grünen Strom wird überwiesen.

SP will Klarheit über Engagement der Axpo

Die SP-Fraktion will per Interpellation vom Regierungsrat wissen, wie sich die Zusammensetzung des Axpo-Stroms in den letzten Jahren entwickelte. Bei der Antwort stört sich die SP besonders daran, dass die Axpo einen Teil des Stroms aus einem neuen Gaskraftwerk in Italien bezieht. Astrid Andermatt (SP, Lengnau) bezeichnete dies als «erschreckend».

Geothermie ist noch nicht abgeschrieben

Martin Bhend (EVP, Oftringen) fordert in einem Postulat, die Regierung solle mögliche Standorte für Geothermiekraftwerke abklären und in den Richtplan aufzunehmen. Er begründet den Vorstoss mit einer Studie, die aufzeigt, dass die Wärmeströme im Aargau relativ hoch sind. Unterstützt wird das Anliegen von den Grünliberalen und der BDP. Eugen Frunz (SVP, Obersiggenthal) will sich nicht gegen Geothermie aussprechen, verweigert dem Ansinnen aber die Unterstützung der Volkspartei. Die Politik solle nicht festlegen, wo ein Werk gebaut werden könne. Energiedirektor Peter C. Beyeler erklärt, der Kanton nehme keine Probebohrungen vor, die Millionen kosteten. Das Parlament entscheidet dennoch mit 78 ja zu 41 nein, die Standortevaluation für die Geothermie sei nicht abzuschreiben. (LÜ./MWO)

Szenarien mit und ohne Atomstrom

Energiedebatte Fraktionen präzisieren Energiepolitik, Mehrheit gegen neues Energiegesetz

VON HANS LÜTHI

Um dies vorwegzunehmen: Zur Abstimmung über die Kernenergie mit Befürwortern und Gegnern kam es nicht. Doch gegen Schluss der über vierstündigen Debatte knisterte es im Saal vor Spannung. Zum Glück fand der reichhaltige Apéro von Gastro Aargau bereits in der Mittagspause bei herrlichem Wetter vor dem Grossratsgebäude statt. Sonst wäre der linken Ratsseite der beste Bissen im Hals stecken geblieben. Denn beim Auftrag der Fraktionen von SP, Grünen, GLP und EVP gelang den Freisinnigen ein Husarenstück, das nicht so schnell vergessen geht. Der Auftrag verlangte «ein Aargauer Energieszenario ohne Atomenergie», SVP und FDP votierten zwar dagegen, aber die CVP/BDP unterstützte den Vorstoss. Damit war eine Mehrheit schon in Sichtweite, als der FDP-Fraktionschef Daniel Heller (Erlinsbach) den Antrag stellte, das Energieszenario sei «je mit und ohne Atomenergie» auszuarbeiten.

Gegen Widerstand der SP

Die SP reklamierte, «das wollen wir nicht», so Fraktionssprecher Dieter Egli (Windisch). Zuvor hatte er die Kollegen von SVP und FDP leicht verhöhnt, sie hätten wohl in den letzten sechs Monaten keine Zeitungen gelesen. Jetzt unterstützte die bürgerliche Mehrheit mit 73 ja zu 50 nein den Antrag Heller. Denn die Abklärungen durch die ratsleitende Vizepräsidentin Kathrin Scholl, gestützt durch das formaljuristische Ratsgewissen von Jürg Stüssi (SVP, Windisch), war zum Schluss gekommen, dass ein Auftrag während der Beratung abgeändert werden kann – auch gegen den ausdrücklichen Willen der Auftraggeber. In seiner neuen Form für und ohne Atom wurde er schliesslich mit 85 ja zu 36 nein überwiesen. Die Regierung hatte sich ohnehin bereit erklärt, den Auftrag ent-



Die Aktion gegen Atomkraftwerke verteilt Werbung. EMANUEL FREUDIGER

gegenzunehmen. Weil es in der erforderlichen Zeit ohnehin kein neues Kernkraftwerk gebe, müsse man jetzt Pläne machen, was danach geschehe, betonte Energiedirektor Peter C. Beyeler. Denkbar sei auch die Option, dass BKW oder Axpo Mühleberg und Beznau vorzeitig abschalten, weil sich die Nachrüstungen nicht mehr lohnten.

Weiterhin für die Kernenergie

Spannend kam schon die Aufwärmrunde daher, weil die Fraktionen in höchstens fünf Minuten ihre Atompositionen präzisieren konnten. Dabei wurde rasch klar: SVP und FDP halten an der Kernenergie fest, sie haben zusammen 65 Sitze im 140-köpfigen Parlament. «Ohne glaubwürdige Alternativen machen wir beim Ausstieg nicht mit», sagte SVP-Sprecher Gregor Biffiger (Berikon). Die Wirtschaft werde massiv getroffen, die Zahl der Arbeitslosen nehme zu, es brauche mehr Gas oder den Import von französischem Atomstrom. Bei einem Ausstieg öffne sich bis 2035 eine gigantische Stromlücke

von 30 000 Gigawattstunden, so Biffiger. Für einen «Ausstieg aus der Unsachlichkeit» plädierte Energieexperte Bernhard Scholl (Möhlin) im Namen der Freisinnigen. Heute verbrauche die Schweiz 40 Prozent Atomstrom, «im Aargau aber sind es über 70 Prozent.» Die FDP wolle keine Experimente, zuerst muss der Bundesrat alle Fakten auf den Tisch legen, danach erst könnten Volk und Stände den wichtigen Entscheid fällen.

Visionäre Köpfe gehen neue Wege

Zu einem «geordneten Ausstieg» bekennt sich die CVP/BDP-Fraktion, «weil die Kernenergie für längere Zeit politisch nicht mehrheitsfähig ist», meinte CVP-Präsident Franz Hollinger (Brugg). Zu den Bedingungen gehöre eine Stromproduktion, die zuverlässig, inländisch, wirtschaftlich und ökologisch sein müsse. Dieter Egli (Windisch) malte im Namen der SP-Fraktion den Teufel an die Wand, indem er die Folgen eines atomaren GAUs für den Kanton und das Land schilderte. «Mit erneuerbaren Energien können wir den Bedarf decken,

jetzt ist ein glasklarer Entscheid wichtig, damit Rechtssicherheit entsteht», betonte Egli. Für die Grünen blickten Ruedi Weber (Menziken) nach vorne und Irène Kälin (Lenzburg) aus dem Jahr 2035 auf den klugen Parlamentsentscheid von 2011 zurück. Nahtlos dazu passten die Argumente von Roland Bialek (EVP, Buchs): «KKW führen uns in die Sackgasse, weil sie teuer seien, risikoreich und keine Mehrheit dahinter stehe. Für eine sukzessive Ablösung plädierte Peter Schuhmacher (Wettingen), der als Präsident der GLP-Fraktion auf einen Mix aus erneuerbaren Energien setzt. «Visionäre Köpfe gehen neue Wege, nach dem schnellstmöglichen Ausstieg», lautet das Credo von Samuel Schmid (Biberstein), die sich im Namen der Fraktionslosen von SD und seiner SLD äusserte.

Energiegesetz aus erster Lesung

Die linke Ratsseite forderte ein atomloses oder ein völlig neues Energiegesetz, «weil mit diesem Stummelgesetz niemand glücklich ist», so Beat Flach (GLP, Auenstein). Es ist nach der 1. Lesung laut Astrid Andermatt (SP, Lenzburg) bereits «völlig veraltet» oder nach der Grünen Irène Kälin (Lenzburg) «so was von gestern». Schon bei den Vorstössen zum Energiegesetz entspann sich eine Ausstiegsdebatte zwischen den beiden Lagern. Eines zeigte sich rasch und deutlich: Die Bürgerlichen wollen keine neue Formulierung des Energiegesetzes, entsprechende Motionen von SP, Grünen und GLP sind deutlich abgeschmettert worden. Energiedirektor Peter C. Beyeler bezeichnete die 1. Lesung als gute Grundlage, die sich an der Realität orientierte: «Ohne ein neu gewähltes Parlament sind keine Änderungen möglich», versicherte er. Das ist kein gutes Omen, denn für die linke Ratsseite ist das alte Energiegesetz schon halbwegs Makulatur.